

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB skizziert die Auswirkungen des Golfkrieges auf das Nord-Süd-Verhältnis.

Seite 1

Ulrich Maurer, Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD, gibt eine kritische Würdigung der Ära Späth.

Seite 3

Manfred Reimann MdB stellt die Ausgaben für den Golfkrieg denen gegenüber, die zur Bekämpfung der Cholera in Peru aufgebracht werden.

Seite 5

Hans Martin Bury MdB kommentiert den Bonner Steuerbetrug: Vom Wahltag zum Zahltag.

Seite 6

46. Jahrgang / 42

1. März 1991

Der Golfkrieg

Zu den Auswirkungen auf das Nord-Süd-Verhältnis

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Der Golfkonflikt hat eine Bedeutung, die weit über den Nahen Osten hinausgeht. Nicht nur die islamische Welt, auch der ganze Süden blickt auf den Norden und fragt, warum dieser Krieg geführt wurde, was seine Ursachen waren und seine Folgen sein werden.

Der Golfkrieg hat schon heute verheerende materielle Folgen nicht nur für die Golfstaaten, sondern für viele Staaten der Dritten Welt, die an diesem Konflikt gar nicht beteiligt sind.

Eine mittelfristig wahrscheinliche Verteuerung des Ölpreises durch die Golfkrise würde den Haushalt aller ölimportierenden Länder schwer belasten. Sie trafe am schärfsten die ärmsten Länder. Mit 75 % Anteil des Öls am Gesamtenergiebedarf sind sie wesentlich stärker vom Öl abhängig und somit viel verletzlicher bei Ölpreisschwankungen als die Industrieländer. Eine mittelfristige Erhöhung des Ölpreises nur auf 25 \$ pro Barrel würde die Ölrechnung der Entwicklungsländer um 10 Mrd. Dollar anwachsen lassen. Das ist das Doppelte dessen, was die Bundesrepublik derzeit an öffentlicher Entwicklungshilfe gibt.

Der riesige Finanzbedarf des Krieges und des Wiederaufbaus in der Golfregion wird sehr wahrscheinlich das Weltzinsniveau, das aufgrund der hohen Anforderungen in Osteuropa und in der Bundesrepublik, aber auch aufgrund eines jetzt noch gesteigerten Defizits in den USA ohnehin zu hoch ist, noch weiter nach oben treiben. Die Weltbank hält eine zusätzliche Anhebung der Zinsen bis zu 2 % für möglich. Das würde bedeuten: stärkere inflationäre Tendenz, Bremsspuren bei Investitionen, ein noch höherer Schuldendienst der Entwicklungsländer.

Dazu kommen Devisenverluste in Höhe von zig Mrd. Dollar für viele gerade der ärmsten Länder der Dritten Welt aus rückläufigem Tourismus und aus einem Absinken der Überweisungen von Gastarbeitern aus den Golfstaaten.

Nicht zuletzt besteht die Gefahr, daß die reichen Golfstaaten und die westlichen Industrieländer das Niveau ihrer bisherigen Leistungen an die Dritte Welt reduzieren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verfügbare Ausgabe
im normalen Rohstoff
Kryolite-Papier



Der Golfkrieg verschärfte die bedrückende materielle Lage, in der sich die Dritte Welt befindet. Er wird aber auch insgesamt das schon gespannte Nord-Süd-Verhältnis noch mehr psychologisch und politisch belasten.

Der Süden wird registrieren, wie schnell der Norden riesige Kapitalsummen mobilisieren kann, um die Zerstörung, die dieser Krieg gekostet und angerichtet hat, zu finanzieren - und wie mühsam es ist, im Norden viel weniger Geld aufzutreiben, um die Entwicklung im Süden zu fördern.

Innerhalb von drei Monaten sagten der Bundeskanzler und der Außenminister 17 Mrd. Mark für den Golf zu, also weit über das Doppelte der Summe, die der Entwicklungsminister im vergangenen Jahr für über 120 Länder in der ganzen Welt ausgeben konnte. Und von diesen 17 Mrd. wurden 14,5 Mrd. für die Zerstörung und 2,5 für Entwicklungsprojekte ausgegeben. Wahrlich ein schlimmes Mißverhältnis!

Genug Geld also, wann's um Krieg geht, zu wenig Geld, wenn es um Entwicklung, also die Verhütung von Krieg, und um ökologische Vorsorge geht. Was ist das für eine Politik, die über Jahre kein Geld hat für einen Umweltfonds, um die Abholzung von Regenwäldern und die fortschreitende Bodenerosion zu stoppen, der die Mittel fehlen, um die Schuldenkrise der Dritten Welt zu lösen, dann aber, wenn in den USA und in England über die Deutschen die Stim gerunzelt wird, binnen Wochen und Monaten gigantische Kapitalsummen organisiert, um mitzuhelfen, einen Krieg zu führen und die durch ihn verursachten Schäden zu reparieren.

Die Bundesrepublik muß mithelfen, die Lasten für die Länder, die durch diesen Krieg betroffen sind, zu lindern. Gleichzeitig muß sichergestellt werden, daß die Sonderhilfe für den Golf nur für die wirklich armen Länder zur Verfügung gestellt werden und, daß dadurch die Mittel für die Entwicklungsländer außerhalb der Golfregion nicht geschmälert werden. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Regierungserklärung versprochen.

Für den Nahen Osten selbst geht es nach dem Krieg nicht nur um eine politische Initiative zur Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung, sondern genauso - und in Verbindung damit - um den Aufbau einer regionalen Wirtschafts- und Sozialordnung.

Dies hat Willy Brandt schon vor Jahren angeregt. In diesem Zusammenhang aber schon wieder von einem "Marshallplan" zu reden, wie dies der Bundeskanzler getan hat, halte ich für falsch. Nicht nur weil es in den letzten Jahren wohlfeil geworden ist, für jedes Weltproblem einen Marshallplan zu fordern - ohne daß den vielen Ankündigungen dann Taten gefolgt wären. Sondern auch, weil sich ein regionaler Wirtschaftsplan für den Nahen Osten gerade ganz wesentlich vom Marshallplan unterscheiden muß. Er muß und kann nämlich erstens zum größten Teil aus der Region selbst heraus finanziert werden. Die Mittel dafür sind mindestens in Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Emiraten, Oman, Kathar und Bahrein vorhanden. Zweitens sollte ein regionales Aufbau- und Entwicklungsprogramm für den Nahen Osten nicht, wie der Marshallplan, mit hegemonialen Ansprüchen in diesem Raum verknüpft sein. Und drittens, dieses Programm sollte nicht nur auf das Wachstum und den Wiederaufbau in einzelnen Ländern gerichtet sein, sondern vor allem auf die regionale Entwicklung und den regionalen sozialen Ausgleich - und damit auf gemeinsame Friedenssicherung.

Die Dritte Welt sieht, wieviel Geld der Norden für den Krieg am Golf und den Wiederaufbau einer Region, die im Vergleich zu anderen Weltregionen selbst über große Finanzmittel verfügt, bereitstellen wird. Sie hat auch registriert, daß im Golf unter der Führung der USA in kürzester Zeit eine militärische Allianz organisiert werden konnte, es aber der internationalen Staatengemeinschaft nicht gelingt, eine wirkliche Allianz für Entwicklung zu schaffen.

Die Industrieländer konnten sich sehr schnell auf die gemeinsame Führung eines Krieges einigen. Sie konnten sich aber nicht einigen, wo es um das Verbot von Waffenexporten geht. Und sie waren nicht in der Lage, gemeinsam ein Wirtschaftsembargo wirkungsvoll durchzusetzen. Gemeinsam wurde der Irak aufgerüstet - zu Lasten einer Million Menschenleben im Iran. Ge-

meinsam wurde er jetzt zerbombt. Wann endlich wird die Weltgemeinschaft in der Lage sein, Entwicklung gemeinsam zu organisieren?

Statt vor allem Solidarität mit den Leidenden und Armen, wird von konservativer Seite allein die Solidarität der verbündeten reichen Länder beschworen!

Die Industrieländer versagten auch darin, sich auf eine wirksame Strategie gegen die Verschuldungskrise der Dritten Welt zu einigen. Mit einer schuldentreibenden Zinspolitik in den 80er Jahren, der Hereinnahme von riesigen Kapitalfluchtgeldern und wachsendem Protektionismus ließen die Industrieländer zu, daß sich der internationale Netto-Kapitaltransfer in den 80er Jahren umkehrte - und nun Kapital statt von Nord nach Süd, 50 Mrd. Dollar von Süd nach Nord fließen. Angeheizt wurde die wachsende Verschuldung der Dritten Welt nicht zuletzt auch durch kreditfinanzierte Waffenexporte.

Der Süden wird also registrieren, daß der Norden wenig effizient ist, wo gemeinsame Vorsorge gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung nötig wäre. Insbesondere dadurch, daß es der Staatengemeinschaft nicht gelingt, die Entwicklungsblockade zu lösen, die durch die Schuldenkrise entstanden ist, könnte die Saat gelegt sein für neue Kriege im Süden.

Werden wir also aus dem Golfkonflikt endlich die Lehre ziehen, daß, um wenigstens in Zukunft schreckliche Kriege zu verhindern, Entwicklung, sozialer Ausgleich und auch der Respekt vor anderen Kulturen und Religionen notwendig ist und daß auch regionale Kriege angesichts wachsender globaler Interdependenz und Massenvernichtungswaffen heute immer globale Auswirkungen haben?

(-/1.3.1991/rs/fr)

Späth's Zenit war längst überschritten

Eine Nachbetrachtung zur Ära des baden-württembergischen Landesvaters

Von Ulrich Maurer

SPD-Vorsitzender des Landes Baden-Württemberg

Der abrupte politische Abgang Lothar Späths als Ministerpräsident löste Überraschung aus. Nicht nur landespolitischen Insidern war jedoch seit geraumer Zeit klar, daß Späth seinen politischen Zenit längst überschritten hatte. Immer häufiger war öffentlich von Amtsmüdigkeit und Veränderungsabsichten des Ministerpräsidenten die Rede, seit er sich auf dem Bremer CDU-Parteitag gegen Helmut Kohl in der Frage des Parteivorstandes nicht hatte durchsetzen können und damit seine Ambitionen auf das Kanzleramt hinfällig waren. Landespolitisch waren die letzten Jahre der Späth-Regierung von einer gefährlichen Stagnation geprägt, ungelöste Probleme wurden auf die lange Bank geschoben, dringend erforderliche Weichenstellungen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben für das Land sind vom Ministerpräsidenten Späth unterlassen worden.

Seinen bundespolitischen Bedeutungsverlust versuchte Späth durch vermehrte internationale Betriebsamkeit zu überspielen. Niemand wird bestreiten, daß er mit zahlreichen Auslandsaktivitäten Wichtiges für die besonders stark exportorientierte Wirtschaft des Landes geleistet und zum europäischen Zusammenwachsen beigetragen hat. In der Endphase erinnerte die Inflationierung seiner Reisetätigkeit allerdings eher an Richard Kimble und war nicht frei von grotesken Zügen, wenn das Ziel der Reise nur noch darin bestand, etwa vor dem Wirtschaftsminister oder Bundeskanzler an einem entfernten Ort gewesen zu sein. Immer stärker waren diese Aktivitäten von Rastlosigkeit geprägt, als daß strategisch politische und wirtschaftliche Zielperspektiven für das Land Baden-Württemberg und die Exportförderung erkennbar wurden. Als Ergebnis verbleibt ein konzeptionslos-ausuferndes Geflecht von Regionalpartnerschaften, die zu oft nur aus einer Gemengelage von politischen, einzelwirtschaftlichen und persönlichen Interessen heraus entstanden sind.

Nicht der Kontakt und die Nähe des Politikers zur Wirtschaft des Landes waren maßgeblich für den Rücktritt des Ministerpräsidenten, sondern die Verquickung von persönlichen, politischen und geschäftlichen Belangen und Entscheidungen, wodurch das Vertrauen in die Unabhängigkeit von Staat und Regierung gefährdet wurde. Die Empörung, wenn ein Großkonzern direkt in der entsprechenden Abteilung des Wirtschaftsministerium seinen Mitarbeiter als Sachbearbeiter und Informanten parken kann, hat ihre tiefe Berechtigung. Für alle anderen Anbieter muß damit marktwirtschaftlicher Wettbewerb zum Wettlauf zwischen Hase und Igel verkommen.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages hat jetzt die Aufgabe, diese Vorgänge und Verflechtungen aufzuklären und zu überprüfen, inwieweit die Staatsanwaltschaft ihren gesetzlichen Ermittlungsaufgaben in einer Reihe von Fällen nachgekommen ist. Es geht darum, die moralische Integrität, die Unabhängigkeit der Staatsorgane und das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen. Der Schaden, den die Regierung Späth hier angerichtet hat, ist noch nicht in seiner ganzen Tragweite abzusehen.

Landespolitisch hinterläßt Späth nach seinem Rücktritt ein enormes Bündel ungelöster Probleme, die für das Land und die Wirtschaft eine schwerwiegende Hypothek darstellen und die Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben erschweren werden. Der Landesregierung fehlt eine politische Strategie, die der veränderten geo-politischen Situation nach der Öffnung Osteuropas und dem Beitritt der neuen Bundesländer Rechnung trägt und verhindert, daß Baden-Württemberg in den Randschatten der europäischen Handels- und Verkehrswege gerät. Die Späth-Regierung entzog sich auch völlig ihrer strukturpolitischen Aufgabe, die Rückwirkungen des Abrüstungs- und Entspannungsprozesses auf die hier ansässige Industrie und Militäreinrichtungen landespolitisch zu begleiten. Ohne ein Konversionskonzept droht die Umstellung der Rüstungsproduktion und der Truppenabzug zu schweren regionalen Strukturverwerfungen zu führen.

Hier ist zukunftsfähige Innovation dringend gefordert, gerade auch, um Baden-Württemberg als leistungsstarken Exportstandort zu erhalten und sich auf den internationalen Zukunftsmärkten zu behaupten. Das Ignorieren der Probleme zeigt jedoch, daß Späth die innovativen Herausforderungen für das Land nicht steuernd in Angriff nahm, sondern eher in der ökonomischen Hochphase als Kork auf der Erfolgswelle der hiesigen Wirtschaft mitschwamm. Dies gilt auch für die unzureichende politische Unterstützung der ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft und das Beharren auf einer Energiepolitik, die intelligente Zukunftslösungen eher verbaut als herausfordert. Die politischen und wirtschaftlichen Chancen Baden-Württembergs als Exportland für Öko-High-Tech wurden von Späth nicht in der dafür erforderlichen Weise ergriffen und unterstützt. Stattdessen ließ er das Land untätig in eine katastrophale Verkehrssituation und den Sondermüllnotstand treiben. Zunehmend stärker schlagen diese ungelösten Probleme auch als mitentscheidende Faktoren auf die einzelbetrieblichen Rentabilitätsrechnungen für den Produktionsstandort Baden-Württemberg durch.

Lothar Späth hat in seiner Amtszeit als Ministerpräsident tiefe Spuren hinterlassen, von denen die Landespolitik Baden-Württembergs noch lange gezeichnet sein wird; Späth und die CDU verantworten eine Finanzpolitik, die dringend der Korrektur bedarf, um den Landeshaushalt aus seiner dramatischen Schiefelage wieder zu befreien. In einer Zeit hoher ökonomischer Prosperität wurde unter Späth ein Schuldenberg aufgetürmt, der sich zum gefährlichen Handicap für das Land entwickelt hat. Der Schuldenstand entspricht heute den gesamten bereinigten Ausgaben des Landeshaushalts. Mußten im Jahr 1981 noch vier Milliarden DM aufgenommen werden, um 2,7 Milliarden DM zusätzliche Mittel zu erhalten, so beträgt die Neuverschuldung der Landesregierung heute bereits acht Milliarden DM, um 2,1 Milliarden DM frisches Geld zu bekommen. Die Dramatik der Entwicklung zeigt auch, daß 1978 für Zins und Tilgung 5,8 Prozent, 1981 dann neun Prozent und 1991 gar 16 Prozent des Landeshaushalts aufgewandt werden müssen. Sämtliche Krediteinnahmen muß das Land heute bereits verwenden, um Zins und Tilgung der alten Schulden zu begleichen.

Die entscheidende Ursache dieser dramatischen Schiefelage der Finanzen liegt darin, daß in der Amtszeit Späth der Haushalt Jahr für Jahr immer weiter über das hinaus ausgedehnt wor-

den ist, was finanzpolitisch seriös und verantwortbar wäre. Trotz dieser konstanten Ausweitung der Staatsverschuldung liegen erhebliche Defizite in der Infrastruktur Baden-Württembergs vor, wie beispielsweise im Wohnungsbau, Verkehr, der Pflegesituation oder im Bildungswesen. Zusätzliche Belastungen und gravierende finanzpolitische Risiken kommen heute auf das Land durch die notwendige Unterstützung für die neuen Bundesländer und die Folgekosten des Golfkriegs oder auch der Entwicklung in Osteuropa zu. Als Exportland ist Baden-Württemberg zudem über die Ertragslage der Unternehmen in besonderem Maße von den Risiken der Dollarentwicklung abhängig.

Vor diesem Hintergrund und den eher zunehmenden Aufgaben, die auf das Land zukommen werden, war für Baden-Württemberg die Amtszeit Späths eine sehr kostspielige Angelegenheit. An den Schulden, die Späth in der Schönwetterzeit aufgenommen hat, werden wohl unsere Kinder, wenn nicht sogar Enkel noch zu tragen haben.

(-/1.3.1991/rs/fr)

Mehr Geld für das Töten...

Zu den Ausgaben für den Golfkrieg und die Aufwendungen zur Bekämpfung der Cholera in Peru

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Unsere Solidarität mit dem Westen und unseren Verbündeten gebietet der Bundesregierung, für den Golfkrieg bisher rund 17,5 Milliarden DM aufzuwenden. Angesichts dieser Riesensumme sind die 500.000 DM zur Bekämpfung der Cholera-Epidemie in Peru geradezu menschenverachtend wenig.

Es ist ein Skandal, wenn zur Vernichtung von Leben mehr Mittel zur Verfügung stehen, als zur Erhaltung von Leben.

Zur Bekämpfung der Cholera-Epidemie sind nicht nur Sofortmaßnahmen in Form von Medikamenten und medizinischen Geräten erforderlich. Ein langfristig angelegtes Konzept, das die Verbesserung der Ernährungssituation und der hygienischen Verhältnisse zum Ziel hat, muß sofort in die Tat umgesetzt werden, damit nicht noch mehr Menschen der Cholera zum Opfer fallen.

Prävention ist das Gebot der Stunde, bevor die Seuche, die bisher nur in städtischen Elendsquartieren aufgetreten ist, sich auch auf ländliche Gebiete und andere Länder ausweitet. Denkbar wären Hilfsmaßnahmen, die die Wasserwerke bei ihrer Arbeit unterstützen und die Lieferung sauberen Trinkwassers garantieren. Wichtig ist auch die Reparatur und Neuverlegung der Wasserleitungen, sowie die Sanierung der Brunnen. Hier sind Millionen angebracht.

Um sicherzustellen, daß die Öffentlichkeit, aber auch wir Parlamentarier die Cholera-Kranken in Peru nicht vergessen, habe ich die Bundesregierung zur Beantwortung nachstehender Fragen aufgefordert:

1. Ich frage die Bundesregierung, ob sie von ihrem christlich geprägten Standpunkt als menschlich-gerecht empfindet, daß einerseits für den Krieg am Golf 17,5 Milliarden DM einschließlich des bundesdeutschen Anteils an der EG-Hilfe aufgewendet werden, andererseits aber die Bundesregierung für die Hilfe zur Bekämpfung der Cholera-Epidemie in Peru, nur 500.000 DM bereitstellt?

2. Plant die Bundesregierung neue kurzfristige oder langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera, und wenn ja, welche und zu welchem Zeitpunkt?
(1.3.1991/rs/fr)

Vom Wahntag zum Zahntag
Zum Bonner Steuerbetrag

Von Hans Martin Bury MdB

"Keine Steuererhöhung für die deutsche Einheit". Die Aussage von CDU, CSU und FDP im Wahlkampf hat die Koalition in der Regierungsverantwortung schnell wieder eingeholt. Nun sind Steuererhöhungen beschlossene Sache. Das dumme Geschwätz von gestern - mit dem die Wahl gewonnen wurde - geht niemanden mehr etwas an.

Ein Beitrag zur politischen Kultur?

Das Angebot der SPD-Opposition - ebenfalls im Wahlkampf 1990 - die gewaltigen Probleme gemeinsam am "runden Tisch" anzugehen, wurde von den Regierungsparteien brüsk zurückgewiesen. Die SPD hätte kein Konzept zur Finanzierung der deutschen Einheit, hieß es. In diesem Zusammenhang ist eine Analyse der Kabinettsbeschlüsse höchst interessant.

Oskar Lafontaine forderte im Wahlkampf eine befristete Ergänzungsabgabe für Besserverdienende als Solidarbeitrag. Urteil der Union: "Neidsteuer." Jetzt wurde eine Ergänzungsabgabe beschlossen. Als Solidarbeitrag. Allerdings für alle, auch für die sozial Schwachen.

Eine weitere Forderung der SPD war und ist die ökologische Umgestaltung des Steuersystems. Dazu gehört eine Anhebung der Mineralölsteuer bei gleichzeitiger Rückgabe der Steuererhöhungen über die Einkommensteuer.

(Fehl)Urteil der Union: "Die SPD will die Autofahrer schröpfen."

Die Erhöhung der Mineralölsteuer ist nun beschlossen. Allerdings zur Finanzierung des Golfkrieges/der deutschen Einheit (?) und nicht als aufkommensneutrale - rein ökologische - Maßnahme.

So findet man als Opposition seine Konzepte wieder. Leider nur halb durchdacht. Aber man hilft ja gerne.

Noch ein Wort zu dem Vorwurf, die SPD sei mit Steuererhöhungen immer schnell bei der Hand. Die Versicherungssteuer, die um "harmlose" drei Prozentpunkt angehoben werden soll, wurde bereits 1989 um zwei Prozentpunkte erhöht. Von fünf auf zehn Prozent in nur drei Jahren. Das ist eine Steuererhöhung von stolzen 100 Prozent.

Steuererhöhungspartei?!

(-/1.3.1991/rs/fr)
